



Nr. 364 | 19.05.2026

Polen–Analysen

Polen und die USA

ANALYSE	
Die polnisch-amerikanische Partnerschaft im Wandel Reinhold Vetter, Warschau	2
DOKUMENTATION	
Über das Verhältnis Polen – USA: Information des Außenministers Radosław Sikorski über die Aufgaben der polnischen Außenpolitik 2026	7
CHRONIK	
5. – 18. Mai 2026	9

Die polnisch-amerikanische Partnerschaft im Wandel

Reinhold Vetter, Warschau

DOI: 10.31205/PA.364.01

Zusammenfassung

Der US-amerikanisch-israelische Angriff auf den Iran und die Äußerungen von US-Präsident Donald Trump zur Zukunft der NATO und einem möglichen Abzug amerikanischer Truppen aus Deutschland haben Bewegung in die außen- und innenpolitische Debatte in Polen gebracht. Ministerpräsident Donald Tusk und seine Dreierkoalition verhalten sich distanziert-kritisch zu Trumps Auftreten, wollen jedoch an der transatlantischen Partnerschaft festhalten. Gleichzeitig plädieren sie für mehr gemeinsame europäische Verteidigungsanstrengungen. Im Vorfeld der Parlamentswahlen 2027 ist insbesondere im rechten Spektrum der polnischen Parteienlandschaft ein offener Streit über die Bewertung der Politik Trumps ausgebrochen. Zugleich ruft das militärische Vorgehen der Vereinigten Staaten und Israels gegen den Iran in Polen starke öffentliche Reaktionen hervor.

Die große Sympathie vieler Polen für die Vereinigten Staaten hat eine lange Tradition. Historisch reicht sie bis zu Tadeusz Kościuszko zurück, der als Held des berühmten Aufstandes von 1794 gegen die Dreiteilung Polens zuvor schon im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg an der Seite der jungen USA gekämpft hatte. Man erinnert sich auch an US-Präsident Woodrow Wilson, der 1918 die Bemühungen um ein unabhängiges Polen maßgeblich unterstützte. In den späten 1970er Jahren erfuhr die demokratische Opposition gegen die Kommunisten in der Volksrepublik Polen viel Zuspruch seitens der USA, was ebenfalls im Gedächtnis blieb. Nach 1989 entwickelte sich eine strategische Partnerschaft zwischen Polen und den Vereinigten Staaten, und 1999 trat Polen der NATO bei. Im Jahr 2003 beteiligte sich Polen im Krieg gegen den Irak an der von den USA gegründeten »Koalition der Willigen« (was führende polnische Politiker später als großen Fehler bezeichnen). Etwa zehn Millionen US-Bürger bzw. ihre Vorfahren stammen aus Polen. So stellt sich die Frage, ob die gegenwärtigen polnisch-amerikanischen Differenzen tatsächlich nachhaltigen Einfluss auf die beiderseitigen Beziehungen haben werden oder eher nicht.

Ministerpräsident Tusk und seine Koalitionsregierung reagierten zunächst mit demonstrativer Zurückhaltung auf den Beginn des amerikanisch-israelischen Angriffs auf den Iran am 28. Februar 2026. Tusk betonte, dass für Polen keine unmittelbare Gefahr für die Energieversorgung bestehe. Polen, so Tusk, importiere kein Öl direkt aus dem Iran, und auch der polnische Energiekonzern Orlen nutze keine Lieferketten, die über die Straße von Hormus verlaufen. Außerdem verfüge das Land über strategische Reserven, die eine Versorgung für mehr als 90 Tage sichern können.

Doch schon wenige Tage später sah die Regierung Handlungsbedarf. Ab sofort galten die von ihr täglich festgelegten Preisobergrenzen für Benzin und Diesel.

Konkret hieß dies, dass der tägliche maximale Einzelhandelspreis vom Energieminister auf der Grundlage der durchschnittlichen Großhandelspreise und der Betriebskosten der größten Lieferanten festgelegt wird. Außerdem wurde die Mehrwertsteuer für Treibstoffe von bislang 23 Prozent auf acht Prozent gesenkt. Des Weiteren wurde eine Reduzierung der Energiesteuer in Betracht gezogen.

Einen politisch-militärischen Schritt nach vorn ging Ministerpräsident Donald Tusk, als er Mitte März erklärte, Polen werde keine eigenen Soldaten zur Unterstützung der amerikanisch-israelischen Offensive in den Nahen Osten schicken. Der Konflikt im Nahen Osten, so Tusk, betreffe die Sicherheit Polens nicht unmittelbar. Wenige Tage später lehnte die Regierung die Entsendung von Patriot-Flugabwehrsystemen in den Nahen Osten ab. Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz reagierte mit einer entsprechenden Erklärung auf Berichte polnischer Medien, die Vereinigten Staaten hätten Warschau informell wegen einer solchen Verlegung angefragt. Die Patriot-Batterien, stellte der Minister klar, dienen dem Schutz des polnischen Luftraums und der NATO-Ostflanke. Daran ändere sich nichts. Polen verfügt seit Ende 2025 über zwei Patriot-Batterien, die voll einsetzbar sind und anfliegende Raketen oder Flugzeuge in einer Entfernung von bis zu 100 Kilometern abwehren können. In Erklärungen des polnischen Außenministeriums hieß es wiederholt, der Schlüssel zu einer Lösung des Konflikts im Nahen Osten sei die Ausarbeitung politisch-diplomatischer Konzepte.

Ein anderes Politikfeld zeigte jüngst, dass Polen und die USA an demselben Strick zogen. Am 28. April bedankte sich Polens Außenminister Radosław Sikorski ausdrücklich für die amerikanischen Bemühungen um die Freilassung des polnisch-belarusischen Journalisten Andrzej Poczobut aus einem belarusischen Straf-

lager. Dies sei ein Beispiel für eine hervorragende Allianz mit den USA, so Sikorski. Ohne Präsident Trump und seinen Einsatz sei dieser Tag nicht möglich gewesen, erklärte der Minister. Der amerikanische Chefunterhändler für Belarus John Coale hatte den Gefangenen-austausch ausgehandelt, bei dem neben Poczobut zwei weitere Polen und zwei Moldauer aus Gefängnissen in Belarus und Russland und im Gegenzug fünf Personen, die unter anderem in der EU wegen Spionage für Russland festgenommen worden waren, freigelassen wurden.

Parteilpolitische Differenzen, Ablehnung in der Bevölkerung

Das amerikanisch-israelische Vorgehen im Nahen Osten hat die Trennlinien innerhalb des rechten bzw. konservativen politischen Lagers in Polen deutlicher hervortreten lassen. Diese verlaufen insbesondere entlang der Haltung zu Donald Trump und dessen außen- wie innenpolitischem Auftreten. Zu Beginn seiner zweiten Amtszeit galt Trump für die gesamte polnische Rechte noch als ein integrierendes Symbol für die globale Offensive eines kämpferischen Konservatismus. Inzwischen spaltet insbesondere seine aggressive Außenpolitik das rechte Lager. Während in der Parteizentrale von Jarosław Kaczyńskis Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) Unruhe um sich griff, witterte man bei den Rechtsaußenparteien Föderation Freiheit und Unabhängigkeit (*Konfederacja Wolność i Niepodległość*) und Föderation der Polnischen Krone (*Konfederacja Korony Polskiej*) neue Chancen im Vorfeld der Parlamentswahlen in Polen im Herbst 2027.

Je länger die amerikanisch-israelische Militäroperation gegen den Iran andauert, desto mehr erweist sie sich als Belastung für die PiS und auch für Staatspräsident Karol Nawrocki, der dieser Partei ideologisch nahesteht. Anfangs reagierten führende Politiker der PiS eher unbestimmt oder zweideutig, wenn sie in der Öffentlichkeit auf dieses Thema angesprochen wurden. So meinte Jacek Sasin, das sei kein Thema, das man in Polen intensiv diskutieren solle, Polen habe diesen Krieg nicht ausgelöst. Schließlich fand die PiS ihre Linie: Ihre Sprecher vermieden Kommentare zum Krieg möglichst ganz und konzentrierten sich stattdessen auf die Innenpolitik, und zwar derart, dass sie Druck auf die Regierung von Donald Tusk wegen deren fehlender Eingriffe in den Treibstoffmarkt kritisierten. Ein Druck, dem die Regierung schließlich mit der Festlegung von Preisobergrenzen und Steuersenkungen nachgab.

In den PiS-nahen Medien dominierte Zweckoptimismus. Die Wochenzeitung *Sieci* nannte die Machthabenden im Iran eines der abscheulichsten Regime der Welt, vermied aber jedweden Kommentar zu den tatsächlichen Motiven von US-Präsident Trump und Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu. In der Redak-

tion der *Gazeta Polska* herrschte anfangs gar Euphorie: Sie verglich Trump sogar mit Theodore Roosevelt und Ronald Reagan und sprach davon, dass der islamische Radikalismus nun bald zerschlagen werde. Schließlich agierte sie eher vorsichtig, als ihr Chefredakteur Tomasz Sakiewicz einräumte, die USA seien zwar ein Verbündeter, sie wiesen in ihrer Politik aber gewisse Mängel auf, insbesondere eine wechselhafte Politik gegenüber Polen.

Interessant war die Wandlung des Chefredakteurs von *Do Rzeczy*, Paweł Lisicki, lange Zeit ein moderater Anhänger der PiS und treuer Anhänger von Trump, der sich dann aber der rechtsradikalen Föderation der Polnischen Krone von Grzegorz Braun annäherte und erklärte, Trump habe Kriege entfacht, statt den Westen ideologisch zu prägen. Das Bündnis mit den USA diene Polen seit Jahren nicht mehr, so Lisicki. Trump habe den Nahen Osten für Israel in Brand gesetzt, ohne dass Polen davon profitiere.

In ihren Tweets erklärten Anhänger von Braun, für das Vorgehen der USA und Israels gebe es letztendlich religiöse Gründe. Innerhalb der MAGA-Bewegung von Donald Trump gebe es zwei Fraktionen, nämlich eine »gute« katholische und eine »schlechte« protestantische, wobei letztere einen »christlichen Zionismus« vertrete. Ihr, so hieß es, gehe es um die Schaffung eines »Großisrael« und dahinter stehe eine Verschwörung zur Weltherrschaft.

Führende Vertreter der einflussreicheren Föderation Freiheit und Unabhängigkeit wie Sławomir Mentzen und Krzysztof Bosak verzichteten dagegen auf derart extreme Aussagen. Ihr außenpolitisches Hauptthema ist die Wahrung der polnischen Souveränität, wobei sie bemüht sind, Distanz und Desinteresse gegenüber dem amerikanisch-israelischen Vorgehen in den Vordergrund zu stellen. Die teilweise vorherrschende Enttäuschung über Trump hat in diesen drei rechten Parteien allerdings nicht zu einer größeren Offenheit gegenüber Europa geführt. Die Europäische Union lehnen sie weiter ab, jedoch mit unterschiedlichen Zielen und Konsequenzen.

In der jüngsten Umfrage des polnischen Meinungsforschungsinstituts CBOS lag die Bürgerkoalition (*Koalicja Obywatelska* – KO) von Donald Tusk mit 32,0 Prozent vor den Rechtsparteien Recht und Gerechtigkeit, Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit sowie Föderation der Polnischen Krone (18,2 Prozent, 13,0 Prozent bzw. 8,7 Prozent) sowie den beiden Linksparteien Neue Linke (*Nowa Lewica*) und Gemeinsam (*Razem*) mit 5,8 Prozent bzw. 4,9 Prozent. Tusks Koalitionspartner Polnische Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe* – PSL) und Polen 2050 (*Polska 2050*) landeten abgeschlagen bei 3,0 Prozent bzw. 0,7 Prozent. Diese Ausgangslage erklärt den scharfen Wettbewerb im Vorfeld der Parlamentswahlen 2027. Die KO liegt zwar vorn, hat aber

vorerst kaum Aussicht auf künftige Koalitionspartner. Die drei Rechtsparteien kommen zusammen auf knapp 40 Prozent, sind aber untereinander bislang kaum koalitionsfähig: Die PiS hat ein Zusammengehen mit Brauns rechtsextremer und antisemitischer Partei ausgeschlossen und wird außerdem von der Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit bedrängt, die ihr zunehmend die Führungsrolle im rechten Spektrum streitig macht. In diesem parteipolitischen Wettkampf sind also die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des US-Präsidenten und des amerikanisch-israelischen Vorgehens im Nahen Osten ein weiterer Aspekt, der die Widersprüche im rechten Lager anheizt.

Das militärische Vorgehen der Vereinigten Staaten und Israels gegen den Iran ruft in Polen starke öffentliche Reaktionen hervor. Das wird anhand einer Reihe von Umfragen deutlich. Insbesondere eine Analyse von CBOS ermöglicht es, drei Schlüsselbereiche zu erfassen: die Legitimität des Angriffs auf den Iran, die Auswirkungen des Konflikts auf die Sicherheit Polens und die Haltung gegenüber einer möglichen Beteiligung Polens. Das deutliche Übergewicht negativer Meinungen deutet darauf hin, dass eine skeptische Haltung gegenüber bewaffneten Interventionen, insbesondere solchen, die nicht direkt mit der Verteidigung des eigenen Territoriums oder Bündnisverpflichtungen zusammenhängen, in der polnischen Gesellschaft stark verwurzelt ist. Laut einer CBOS-Befragung waren schon knapp einen Monat nach Beginn des Angriffs auf den Iran drei Viertel der Befragten (77 Prozent) der Meinung, dass die Aktion ungerechtfertigt und damit falsch sei. Zustimmung äußerten sich acht Prozent, während 15 Prozent keine Aussage trafen. Die klare Ablehnung galt für alle befragten demografischen und gesellschaftlichen Gruppen. Die höchste positive Bewertung des Angriffs auf den Iran zeigte sich bei den Wählern, die 2023 für die PiS gestimmt hatten, nämlich 22 Prozent.

Eher geteilt waren die Antworten auf die Frage, ob der Konflikt zwischen den USA und Israel einerseits und dem Iran andererseits die Sicherheit Polens gefährde. 49 Prozent der Befragten bejahten dies, während 42 Prozent gegenteiliger Meinung waren. Von einer Bedrohung Polens gingen insbesondere die Wähler der Bürgerkoalition mit 57 Prozent, der Föderation der Krone Polens mit 56 Prozent und der Partei Gemeinsam mit 54 Prozent aus, während die der PiS dies zu 58 Prozent verneinten. Die große Mehrheit von 89 Prozent der Befragten begrüßte die Entscheidung der Regierung von Donald Tusk, keine polnischen Streitkräfte in den Iran zu entsenden, während lediglich sechs Prozent dies negativ bewerteten.

Weniger dominant, aber doch auch klar war das Ergebnis einer Untersuchung des Warschauer Meinungsforschungsinstituts IBRIS, wonach 62,6 Prozent

der Befragten Trumps Vorgehen als unzulässig ansahen und 19,1 Prozent von übertrieben sprachen, während 13,7 Prozent dies als Ausdruck einer entschlossenen Haltung werteten.

Interessant waren auch die Ergebnisse einer Umfrage, die das französische Magazin *Le Grand Continent* veröffentlichte. Danach bezeichneten im Durchschnitt 51 Prozent der Befragten in sieben europäischen Ländern Donald Trump als »Feind Europas«, insbesondere in Grönland bzw. Dänemark mit 58 Prozent, in Belgien mit 56 Prozent und in Frankreich mit 55 Prozent. In Polen dagegen sahen nur 28 Prozent Trump als »Feind Europas«, während die anderen Befragten weder das eine noch das andere bejahten oder keinerlei Meinung abgaben – trotz der großen Ablehnung des militärischen Eingreifens der USA und Israels im Nahen Osten.

Schwieriges Verhältnis: Polen-Israel, Katholiken-Juden

Israel ist ein äußerst aktiver Partner der USA im Krieg gegen den Iran. Ebenso genießt die israelische Führung um Regierungschef Netanjahu absolute Rückendeckung aus Washington für das weitere Vordringen des israelischen Militärs im Libanon. So ist es kein Wunder, dass das Auftreten Israels im Nahen Osten in der polnischen Debatte über den Iran-Krieg thematisiert wird. Der polnische Diskurs über den Krieg zeigt einmal mehr, wie kompliziert nach wie vor die Beziehungen zwischen Polen und Israel und auch das Verhältnis zwischen den Glaubensgemeinschaften sind. Abermals mischen sich Skepsis und einleuchtende kritische Anmerkungen mit antisemitischen Parolen und Hass auf Israel.

In dieser Debatte wird erneut auch das Verhalten des israelischen Militärs im Gaza-Streifen thematisiert. So veröffentlichte die polnische Sektion von »Ärzte ohne Grenzen« im April 2026 eine Untersuchung, wonach knapp 70 Prozent der erwachsenen Polen von einer humanitären Katastrophe im Gaza-Streifen sprechen und hauptsächlich Israel dafür verantwortlich machen. Israel, so meinen sie, blockiere humanitäre Hilfe. 88 Prozent sprechen sogar von Attacken des israelischen Militärs auf Zivilisten und 80 Prozent von Angriffen auf medizinische Einrichtungen. Die entsprechenden Umfragen wurden im Februar dieses Jahres vorgenommen.

Sogar Polens Außenminister Radosław Sikorski bezichtigte die Soldaten der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte, Kriegsverbrechen im Gaza-Streifen zu begehen. In einem Tweet für den Nachrichtendienst X schrieb er, sie würden es auch selbst zugeben. Sie hätten nicht nur palästinensische Zivilisten getötet, sondern auch eigene Geiseln. Postwendend wies der israelische Außenminister Gideon Sa'ar die Vorwürfe entschieden zurück und sprach von schweren, haltlosen und

verleumderischen Aussagen. Was Sikorski geschrieben habe, offenbare tiefe Unkenntnis und ein erhebliches Maß an Unverständnis. Die Armee seines Landes, so der Minister, handele professionell und ethisch. Demokratische Staaten des Westens würden aus den Erfahrungen Israels lernen.

Ähnlich wie in anderen, insbesondere westlichen Staaten, hat auch in Polen die Zahl antijüdischer und dezidiert antisemitischer Wortmeldungen in den »sozialen« Medien seit Beginn der amerikanisch-israelischen Offensive gegen den Iran stark zugenommen. Die Wochenzeitung *Polityka*, aber auch andere Zeitungen und Magazine sowie elektronische Medien haben wiederholt darüber berichtet und diese Tweets zum Teil auch zitiert. »Ihr Juden habt unseren Herrn Jesus ans Kreuz geschlagen«, lautet nur einer der Kommentare, die im Internet kursieren – Bemerkungen, die in bestimmten Gruppen der polnischen Gesellschaft eine lange »Tradition« haben. Sie erinnern nicht zuletzt an die antisemitische Kampagne, die Teile der kommunistischen Parteiführung 1967/68 in der Volksrepublik nach dem israelischen Sieg im »Sechstagekrieg« inszeniert haben.

Aufhorchen lässt auch die Untersuchung der internationalen Forschergruppe »Holocaust distortions and populist politics in Central Europe«, darunter Professor Michał Bilewicz, die an der Warschauer Universität vorgestellt wurde. Ihr zufolge sind 45 Prozent der Polen damit einverstanden, das Verhalten Israels gegenüber den Palästinensern mit der Vernichtung der Juden im Zweiten Weltkrieg zu vergleichen, während 36 Prozent dazu keine eindeutige Meinung haben und nur 19 Prozent diese Analogie zurückweisen. Aber auch 30 Prozent vergleichen die Mordtaten der Hamas mit der von den Nationalsozialisten betriebenen Ausrottung, während 38 Prozent dazu keine klare Aussage machen und 31 Prozent einen derartigen Vergleich ablehnen.

Als jedoch der rechtsradikale Abgeordnete Konrad Berkowicz Mitte April im Sejm eine Flagge Israels entrollte, auf der statt des Davidsterns ein Hakenkreuz eingezeichnet war, reagierte die große Mehrheit der Abgeordneten mit Empörung. Auch in einer Erklärung des polnischen Außenministeriums wurde diese Aktion scharf verurteilt.

Aufschlussreich ist außerdem die öffentliche Auseinandersetzung über einen Hirtenbrief des katholischen Episkopats, die sich Ende April Bahn brach. In dem Schreiben wird jedweder Antisemitismus verurteilt und zu Besuchen in Synagogen aufgerufen. Anlass des Hirtenbriefes war der 40. Jahrestag des historisch bedeutsamen Besuchs von Papst Johannes Paul II. in der Hauptsynagoge in Rom beim dortigen Oberrabbiner. Zahlreiche katholische Priester weigerten sich jedoch, das Schreiben in ihren Messen zu verlesen. Der Konflikt legte offen, dass im katholischen Klerus und

unter den Gläubigen die nachkonziliare Lehre über die christlich-jüdischen Beziehungen entweder weitgehend unbekannt ist oder sogar offen abgelehnt wird.

Die Gegner des Hirtenbriefes griffen insbesondere zwei Aussagen an. So beriefen sich die Bischöfe mit ihrer Formulierung, wonach Israel das auserwählte Volk bleibe, auf das Apostolische Schreiben »Evangelii Gaudium« von Papst Franziskus und erklärten weiter, dass die Juden Anteil an Gottes Heil hätten. Wie dies jedoch ohne explizites Christusbekenntnis möglich sein könne, bleibe ein Geheimnis Gottes, so die Bischöfe. Geistliche wie der Professor der Päpstlichen Universität Johannes Paul II. in Krakau (Kraków), Dariusz Oko, beschuldigten die Bischöfe, mit ihrem Brief Jesus Christus zu verraten. Das Schreiben, so Oko, verletze und demütige Katholiken.

Tatsache ist jedoch, dass mit dem Hirtenbrief keine neue grundlegende Aussage der Kirche formuliert wurde, sondern nur die Lehren der Päpste und Erklärungen des Heiligen Stuhls rezipiert wurden. So sprach sich der Hauptinitiator des Hirtenbriefes, der Krakauer Kardinal Grzegorz Ryś, für eine bessere Aufklärung der polnischen Katholiken aus. Offenbar, so der Kardinal, habe das, was die katholische Kirche unter Führung der Päpste seit 60 Jahren systematisch lehre, die Gläubigen noch nicht erreicht.

Geht es um das Verhältnis zwischen Polen und Israel sowie zwischen Katholiken und Juden, so dürften die Beziehungen vorerst schwierig und wenig stabil bleiben. Initiativen, diesen Zustand grundsätzlich zu verbessern, sind nicht in Sicht oder führen zu zwiespältigen Ergebnissen, wie der Hirtenbrief des Episkopats zeigt.

Das enge politisch-militärische Bündnis Trump-Netanjahu stellt aber vorerst keine direkte Bedrohung für die Sicherheit Polens dar. Es sei denn, die erratische Sicherheitspolitik Trumps führt eines Tages zu einer stärkeren Umgruppierung der militärischen Kräfte der USA etwa in Richtung Asien. Aber danach sieht es zunächst nicht aus. Auf jeden Fall ist die polnische Regierung gewarnt und legt gegenüber Trump mehr Vorsicht an den Tag.

Die NATO und Polens Sicherheit

Vorsicht ist sicher auch in Sachen NATO angebracht. Denn die widersprüchlichen Aussagen von Donald Trump zum nordatlantischen Bündnis haben in Polen für Unruhe, aber auch für ein konzeptionelles Umdenken gesorgt. Unruhe deshalb, weil die Mitgliedschaft des Landes in der NATO ein zentrales Element der polnischen Sicherheitsstrategie ist – bislang sogar das wichtigste. Auf der Suche nach Schutz vor möglichen Aggressionen aus dem Osten war der Beitritt Polens im Jahr 1999 ein entscheidender Schritt. Dabei spielten die Erfahrungen mit der Teilung Europas aufgrund der Beschlüsse von Jalta sowie das sowjetische Eingrei-

fen in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968 eine wichtige Rolle. Die jüngste Erfahrung dieser Art ist der russische Überfall auf die Ukraine.

So war es nicht überraschend, dass Polens Ministerpräsident Donald Tusk in einem Interview mit der *Financial Times* deutlich wurde und erklärte, nun stelle sich die Frage, ob die Vereinigten Staaten so loyal seien, wie dies in den NATO-Verträgen festgelegt sei. Ist die NATO weiterhin diejenige Organisation, die politisch und logistisch in der Lage ist zu reagieren, wenn ein russischer Angriff droht, fragte Tusk. Und auf Trumps Ankündigung, US-Truppen aus Deutschland abziehen zu wollen, reagierte der polnische Ministerpräsident mit einem Tweet im Nachrichtendienst X, man müsse alles tun, um diesen katastrophalen Trend zu stoppen. Außenminister Radosław Sikorski antwortete in einem Interview mit der *Gazeta Wyborcza* verhaltener, als er darauf hinwies, dass die Äußerungen Trumps widersprüchlich seien und man deshalb immer genau hinhören müsse. Der amerikanische Botschafter in Polen, Thomas Rose, konnte die öffentliche Unruhe in Polen kaum dämpfen, obzwar er erklärte, die USA seien stolz, an der Seite Polens zu stehen, und amerikanische Soldaten würden weiterhin in Europa und insbesondere in Polen stationiert bleiben.

Doch es kamen weitere widersprüchliche Signale aus Washington. So stellte Donald Trump in Aussicht, amerikanische Truppen, die aus Deutschland abgezogen werden sollen, nach Polen zu verlegen, was Polens Präsident Karol Nawrocki auch gleich begrüßte. Bald darauf meldeten amerikanische Medien übereinstimmend, die USA wollten keinesfalls weitere Soldaten nach Polen schicken. Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz kommentierte dies mit den Worten, Polen sei von der Umgruppierung amerikanischer Soldaten in Europa nicht betroffen.

Die Debatte ist damit aber nicht beendet. Auch in Polen bemüht man sich um alternative bzw. ergänzende Lösungen. Ministerpräsident Tusk gehört zu denjenigen, die für eine stärkere militärische Zusammenarbeit in Europa werben – multilateral und auch bilateral. Bei einem Treffen Tusks mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron am 20. April 2026 in Danzig (Gdańsk) war dies ein wichtiges Thema. Auch der Wahlsieg von Péter Magyar im April in Ungarn wird gerade im Hinblick auf künftige Sicherheitsanstrengungen in Europa als positives Signal gewertet.

Mit Verteidigungsausgaben von rund fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts gehört Polen zu den sicherheitspolitisch exponiertesten Staaten Europas. Seit Jahren arbeiten die polnischen Regierungen an der Aufstockung der Streitkräfte und der Modernisierung der militärischen Ausrüstung durch Importe und Stärkung der heimischen Produktion. Auch der Zivilschutz als Element staatlicher Krisenvorsorge gewinnt zunehmend

an Bedeutung. Sogar die katholische Bischofskonferenz hat eine spezielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die zusammen mit dem Innen- und dem Verteidigungsministerium an einem Aktionsplan für den Fall eines bewaffneten Konflikts arbeitet.

Scharfe Kritik, aber auch entschiedene Zustimmung erntete Polens Präsident Karol Nawrocki, als er den Rüstungskredit SAFE (Security Action for Europe) der Europäischen Union mit seinem Veto belegte. Nawrocki argumentierte, er unterschreibe kein Gesetz, das sich gegen die Souveränität, Unabhängigkeit sowie die ökonomische und militärische Sicherheit Polens richte. Er warnte davor, das Land durch die Hintertür auf außerrechtlichem Weg zu verschulden. Ministerpräsident Tusk reagierte mit den Worten, dass der Präsident die Chance vertan habe, sich wie ein Patriot zu verhalten. Dies sei eine Schande. Außenminister Sikorski sprach gar von Landesverrat. Nawrockis Behauptung, mit SAFE gebe Polen die Kontrolle über seine Armee an die EU-Kommission ab, sei eine dreiste Lüge, so der Minister. Großen Beifall erhielt Nawrocki dagegen von der PiS. Einer ihrer Sprecher unterstrich, SAFE laufe auf ein Polen unter deutschem Stiefel hinaus; man lehne aber diesen Stiefel ab.

Dessen ungeachtet unterzeichneten Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz und Finanzminister Andrzej Domański zusammen mit Mitgliedern der EU-Kommission den Vertrag. Die für Polen bestimmten Mittel aus dem SAFE-Programm werden in einem Sonderfonds bei der staatlichen polnischen Entwicklungsbank (Bank Gospodarstwa Krajowego) hinterlegt und dann in Absprache mit der EU-Kommission zur Finanzierung von Projekten etwa zur Cybersicherheit von der Regierung abgerufen. Dies, so hieß es, entspreche den verfassungsmäßigen Aufgaben der Regierung zur Sicherung der äußeren Sicherheit des Staates.

Tatsache ist, dass Polen in Bezug auf SAFE vergleichsweise gute Bedingungen ausgehandelt hat. So beträgt der Zinssatz drei Prozent, weit weniger also, als das Land auf dem Finanzmarkt bezahlen müsste. Die Rückzahlung ist auf 45 Jahre angesetzt und soll erst nach zehn Jahren beginnen. Fast 90 Prozent der Gelder sollen etwa 12.000 polnischen Unternehmen zugutekommen.

Fazit

Bislang ist nicht eindeutig absehbar, ob das politisch-ökonomische Auftreten von Donald Trump die polnisch-amerikanische Partnerschaft nachhaltig beeinträchtigen wird. Dass er weiterhin Schaden anrichten kann, ist wahrscheinlich. Viel hängt davon ab, wer Trumps Nachfolger wird und wie dessen transatlantische Politik aussieht. Nicht ganz auszuschließen ist, dass sich Trump mit rechtlich fragwürdigen Methoden an der Macht hält. Offen ist ebenso, ob die polni-

sche Rechte nach den Parlamentswahlen im kommenden Jahr wieder die Regierung stellen und eine Politik betreiben wird, die Trump eher genehm ist. Aber schon jetzt gehört zu den positiven Effekten, dass sich Polen stärker um eine Intensivierung der gemeinsamen europäischen Verteidigungsanstrengungen bemüht. Geht es um das Verhältnis zwischen Katholiken und Juden,

dann kommt auf die katholische Kirche in Polen noch viel Arbeit zu. Eine Politik Israels, die auf mehr Verständigung in den internationalen Beziehungen des Landes zielt, ist wohl erst nach einem dortigen Machtwechsel zu erwarten. Die Faszination vieler Polen für die USA wird wohl anhalten.

Über den Autor:

Reinhold Vetter ist Historiker und Politikwissenschaftler. Zuletzt erschien von ihm: *Polens Frauen verschaffen sich Gehör. Geschichte und Gegenwart der polnischen Frauenbewegung*. Baden-Baden 2025.

DOKUMENTATION

Über das Verhältnis Polen – USA: Information des Außenministers Radosław Sikorski über die Aufgaben der polnischen Außenpolitik 2026

Warschau, 26.02.2026

[...]

Leider haben sich die Beziehungen zwischen den USA und Europa verschlechtert. Das ist für Polen eine besondere Herausforderung. Das Bündnis und unsere engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten waren seit Jahrzehnten eine Säule unserer Außenpolitik, unabhängig davon, wer im Weißen Haus saß, welche Partei die Mehrheit im Kongress stellte und wer in Polen regierte. Aber nicht Europa ist derjenige, der territoriale Forderungen stellt, willkürliche Zölle erhebt und in den Parteienwettbewerb auf der anderen Seite des Atlantiks eingreift.

Unserer Gesellschaft fehlt es in dieser Angelegenheit aktuell an Orientierung. Als Ende Januar ein Meinungsforschungsinstitut die Polen fragte, ob die Vereinigten Staaten ein glaubwürdiger Bündnispartner seien, antworteten 54 Prozent mit Nein. Gegenteiliger Meinung waren nur 35 Prozent.

Sind das begründete Ängste? Ich werde im weiteren Verlauf meiner Ausführungen darauf zurückkommen. An dieser Stelle möchte ich nur sagen, dass keine demokratische Regierung so schwerwiegende Stimmungen in der Gesellschaft ignorieren kann.

Die Zweifel an dem Gewicht, das unsere Beziehung zu den USA hat, sind beunruhigend, denn [...] die Sicherheit Polens wird von zwei Organisationen gestärkt, deren Musterschüler wir sind: der Europäischen Union und vor allem der NATO. Jede spielt ihre eigene Rolle; sie stehen nicht in Konkurrenz zueinander, sondern ergänzen sich gegenseitig.

[...]

Wir investieren in unsere Sicherheit, und ein großer Teil dieser Investitionen soll der Intensivierung der polnisch-amerikanischen Beziehungen dienen. Im Rahmen von 128 Verträgen geben wir 63 Milliarden US-Dollar für den Kauf amerikanischer Waffen und Militärtechnologie aus. Damit schaffen wir in 15 US-Bundesstaaten Arbeitsplätze – von Kalifornien, Texas und Florida bis nach Illinois, Ohio und New York.

Sollte – was wir annehmen – das Vorgehen Putins im weiteren Verlauf Europa und die Welt destabilisieren, ist Polen bereit, die Rolle des regionalen Zentrums für die Streitkräfte der USA auszuüben. Das heißt, in Polen militärische Stützpunkte, Missionen und Übungen beherbergen und militärisches Gerät mit Schlüsselbedeutung für die NATO-Ostflanke unterhalten. Beide Partner haben davon Vorteile. Das sieht auch die gegenwärtige Regierung in Washington. Präsident Trump hat gegenüber Präsident Nawrocki erklärt, die Zahl der amerikanischen Streitkräfte in Polen bleibe erhalten und es bestehe sogar die Möglichkeit, sie zu erhöhen. Bei jedem Treffen erinnere auch ich die amerikanischen Partner daran, dass es kostengünstiger ist, ihre Streitkräfte in Polen zu unterhalten als in den USA.

Wir haben etwas gemeinsam zu verteidigen. Polen ist einer der größten Abnehmer amerikanischen Flüssiggases in diesem Teil Europas. Der LNG-Terminal in Swinemünde (Świnoujście) wurde von der vorigen PO-PSL-Regierung gebaut [...]. 2025 kamen dort 81 Flüssiggastransporte mit einem Gesamtvolumen von sechs Millionen Tonnen an, teil-

weise aus Katar, aber vor allem aus den USA. Der aktuell gebaute Terminal in der Danziger Bucht (Zatoka Gdańska) wird für die Aufnahme von mehr als vier Millionen Tonnen LNG jährlich eingerichtet.

Es gibt noch viel mehr Beispiele für unsere Zusammenarbeit. Das erste polnische Kernkraftwerk wird mit der Technologie des amerikanischen Unternehmens Westinghouse gebaut, das mit dem Bau- und Anlageunternehmen Bechtel kooperiert.

Die Investition von mehr als 50 Milliarden US-Dollar ist ein weiterer Ausdruck des Vertrauens in unsere Partner, denn sie bedeutet, dass wir uns für viele Jahrzehnte an die amerikanische Technologie binden.

In diesem Jahr begehen die Vereinigten Staaten den 250. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung. Die Polen haben ein schönes Kapitel in dieser Geschichte geschrieben, da sie von Anfang an den amerikanischen Kampf für die Unabhängigkeit unterstützt haben. In den USA zeugen davon zahlreiche Orte, Straßen und Brücken, die zu Ehren der polnisch-amerikanischen Helden Tadeusz Kościuszko und Kazimierz Pułaski benannt wurden. Der Verfasser der Unabhängigkeitserklärung, Thomas Jefferson, nannte Ersteren den »reinsten Sohn der Freiheit«. Vor wenigen Wochen, am 4. Februar, erinnerten wir daran bei einer Gedenkfeier zum 280. Geburtstag von General Kościuszko in der Residenz der polnischen Botschaft in Washington.

Heute stehen die USA vor neuen Herausforderungen. Die Prioritäten der aktuellen US-Administration sind der Schutz des eigenen Territoriums, die westliche Halbkugel sowie die Region des Indopazifik. Europa geriet in den Hintergrund, und Russland wird als vor allem regionale Bedrohung und potentieller Partner eines wirtschaftlichen Reset wahrgenommen. Das lesen wir in amerikanischen Strategiepapieren und hören wir in Gesprächen.

Amerika verändert sich. Wir können entweder die Fakten wahrnehmen und uns entsprechend vorbereiten oder Augen und Ohren verschließen. Ich schätze die Offenheit und Direktheit der aktuellen US-Administration wert. Ich stimme zu, dass Westeuropa die Friedensdividende zu lange einseitig ausgenutzt hat. Ich stimme zu, dass ganz Europa eine größere Verantwortung für seine Sicherheit tragen sollte. Ich stimme zu, dass wir als bevölkerungsreicher und wohlhabender Kontinent dazu imstande sind. Umso mehr, als Europa keine solche Armee wie die amerikanische braucht. Für uns sind Streitkräfte ausreichend, die Putin abschrecken.

Auf die Veränderungen in den USA schauen wir mit Verständnis, aber auch Sorge. Wir erinnern uns an die Geschichte der Unterstützung für Polen von Präsidenten wie Woodrow Wilson oder Ronald Reagan, als wir in unterschiedlichen Kontexten für Unabhängigkeit kämpften. Aber wir erinnern uns auch an Jalta. Nach dem Zusammenbruch von Nazi-Deutschland wollte Präsident Franklin Roosevelt Stalins Hilfe im Kampf gegen Japan bekommen. Er bekam sie, aber auf Kosten der Freiheit unseres Teils Europas. Das amerikanische Nationalinteresse wurde realisiert, den Preis zahlten wir.

Ich gebe das denen zu bedenken, die wollen, dass internationale Beziehungen ausschließlich auf dem rücksichtslosen Kampf für eng gefasste Interessen gründen. Es sind nicht wir, die das nationale Interesse der USA bestimmen. Ich frage die rechte Seite des Abgeordnetensaales: Ist es noch nicht zu Euch vorgedrungen, dass sich vorgestern die Vereinigten Staaten so wie China bei der UN-Vollversammlung zur Unverletzlichkeit der Grenzen der Ukraine enthalten haben? Ersetzt man Japan des Jahres 1945 mit dem heutigen China – haben wir dann die Sicherheit, dass das Interesse der Vereinigten Staaten mit dem Polens identisch ist? Wir waren und sind loyale Bündnispartner der USA. Aber wir dürfen keine Idioten sein.

[...]

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Ministerstwo Spraw Zagranicznych [Das Außenministerium]: Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2026 r. [Information des Außenministers über die Aufgaben der polnischen Außenpolitik 2026]. <https://www.gov.pl/web/dyplomacja/informacja-ministra-spraw-zagranicznych-o-zadaniach-polskiej-polityki-zagranicznej-w-2026-r> (abgerufen am 15.05.2026).

5. – 18. Mai 2026

05.05.2026	Die stellvertretenden Ministerinnen für Gesundheit bzw. Bildung, Katarzyna Kęcka und Paulina Piechna-Więckiewicz, geben den Start eines Forschungsprojektes bekannt, das der Erfassung des Gesundheitszustands der 7- bis 18-Jährigen und der Prophylaxe von Kreislaufkrankungen bei Kindern und Jugendlichen dienen soll. Dafür werden landesweit 3.500 Kinder und Jugendliche untersucht und zu ihrem Lebensstil befragt.
06.05.2026	Umweltministerin Paulina Hennig-Kloska warnt vor hoher Waldbrandgefahr in ganz Polen infolge extremer Trockenheit und starker Winde. In den meisten Landesteilen wurde die höchste Gefahrenstufe ausgerufen, vielerorts herrscht ein Betretungsverbot für Wälder und Nationalparks.
07.05.2026	Ministerpräsident Donald Tusk wird von Papst Leo XIV. im Vatikan empfangen. Im Anschluss an das Gespräch sagt Tusk, dass die Worte und Taten des Papstes große Bedeutung hätten, da sie die moralische Ordnung im öffentlichen Leben wiederherstellen können. Auch die Worte und das moralische Verhalten Johannes Pauls II. hätten seinerzeit die Wirklichkeit im kommunistischen Polen verändert.
07.05.2026	In einer Erklärung des Außenministeriums heißt es, man nehme mit Entrüstung wahr, dass erneut ein Soldat der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte im Libanon die religiösen Gefühle Andersgläubiger missachtet hat, indem er eine Marienfigur verächtlich gemacht habe. Polen verurteile Akte jeglicher religiöser Diskriminierung weltweit.
08.05.2026	In Warschau unterzeichnen Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz, Andrzej Domański, Minister für Wirtschaft und Finanzen, EU-Finanzkommissar Piotr Serafin und EU-Verteidigungskommissar Andrius Kubilius sowie Vertreter der polnischen staatlichen Entwicklungsbank (Bank Gospodarstwa Krajowego) den Vertrag über ein zinsgünstiges Darlehen in Höhe von 6,5 Mrd. Euro im Rahmen des europäischen SAFE-Programms (Security Action For Europe). Ministerpräsident Donald Tusk unterstreicht, dass das SAFE-Programm auf die Initiative Polens während der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 2025 zurückgehe, was den wachsenden Einfluss Polens auf die Politik der EU zeige. Mit den Mitteln des SAFE-Programms, die an polnische Rüstungsunternehmen und Zulieferbetriebe gehen sollen, sollen der Ostschuttschild, Drohnen- und Raketenabwehrsysteme gestärkt und militärische Transportinfrastruktur modernisiert werden.
11.05.2026	Staatssekretär im Außenministerium Marcin Bosacki nimmt am EU-Außenministerrat in Brüssel teil. Er ruft dazu auf, den 90 Milliarden Euro-Kredit für die Ukraine rasch freizugeben, da dieser unerlässlich sei, um die ukrainischen Streitkräfte im russischen Angriffskrieg und das Funktionieren des ukrainischen Staates zu unterstützen. Weiter appelliert er an den Rat, das erste Verhandlungskluster («wesentliche Elemente») für den ukrainischen EU-Beitritt baldmöglichst zu eröffnen. Er betont, dass der Beitrittsprozess fachlich abgesichert sein und die Situation und Bedarfe der EU-Mitgliedsländer insbesondere im Bereich Landwirtschaft und Transport berücksichtigen müsse.
11.05.2026	Unterstaatssekretär im Außenministerium Robert Kupiecki empfängt Thomas DiNanno, US-Unterstaatssekretär für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit. Themen des Treffens sind das Abschreckungspotential der NATO, ihre Ostpolitik sowie die Zukunft der Rüstungs- und Abrüstungskontrolle. Besprochen wird auch die polnisch-amerikanische Zusammenarbeit im Rüstungssektor.
12.05.2026	Bei einem Treffen am Rande einer internationalen Konferenz in Warschau thematisieren Außenminister Radosław Sikorski und sein ukrainischer Amtskollege Andrij Sybiha die Fortschritte der Ukraine bei den Vorbereitungen ihres Beitritts zur Europäischen Union sowie die Lage polnischer Unternehmen in der Ukraine und Möglichkeiten der Weiterentwicklung ihrer Tätigkeit.
13.05.2026	Auf dem 12. Internationalen Meereskongress in Stettin (Szczecin) sagt Außenminister Radosław Sikorski, zu den aktuellen Herausforderungen der Europäischen Union gehörten die Aufhebung von Beschränkungen des Binnenmarktes, die Förderung und Stärkung von Innovationen und eine bessere Ausnutzung der finanziellen Ressourcen der EU. Innovationen müssten allen dienen und dürften nicht die Einteilung in eine alte und eine neue EU festigen. Die Stärke der Europäischen Union müsse der Zusammenhalt sein. Wenn die EU sowohl Stabilität als auch Freiheit und Entwicklungsmöglichkeiten garantiere, werde sie Talente und Kapital anziehen.
14.05.2026	Der Sejm verlängert um weitere 60 Tage die Aussetzung des Rechts, an der polnisch-belarusischen Grenze einen Asylantrag zu stellen. Für den von der Regierung eingebrachten Antrag stimmen 399 Abgeordnete bei zwölf Nein-Stimmen und drei Enthaltungen. Die aktuelle Aussetzung gilt bis zum 20. Mai. Begründet wird sie mit dem künstlich von Belarus und Russland mit Migranten aus dem Nahen Osten aufgebauten Migrationsdruck an der polnisch-belarusischen Grenze.

14.05.2026	Das Warschauer Standesamt erkennt zum ersten Mal eine im Ausland legal geschlossene gleichgeschlechtliche Ehe an. Damit kommt es Urteilen des Obersten Verwaltungsgerichts (Naczelny Sąd Administracyjny) und des Europäischen Gerichtshofes nach.
14.05.2026	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz dementiert Berichte US-amerikanischer Medien, wonach die Zahl der in Polen stationierten US-amerikanischen Soldaten reduziert werden soll.
15.05.2026	Auf einer Pressekonferenz in Otwock bezieht sich Ministerpräsident Donald Tusk auf Medienberichte, dass 4.000 US-amerikanische Soldaten in Polen, die im Rotationsprinzip ausgetauscht werden sollten, nicht ersetzt würden. Die Regierung stehe in ständigem Kontakt mit dem General der US-Streitkräfte in Europa, Alexis Gryniewicz, und NATO-Generalsekretär Mark Rutte.
16.05.2026	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz schreibt im Nachrichtendienst X, dass zurzeit ein Umstrukturierungsprozess der in Europa stationierten US-amerikanischen Streitkräfte stattfindet. Polen schlage seit langem vor, die Zahl der ständig anwesenden US-Soldaten in Polen auf Kosten der dem Rotationsprinzip unterstehenden Soldaten zu erhöhen. Im Hintergrund stehen aktuell zirkulierende Medienberichte, dass 4.000 Soldaten, die im Rotationsprinzip ausgetauscht werden sollten, nicht ersetzt würden.
18.05.2026	In Anwesenheit von Ministerpräsident Donald Tusk und Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz wird in Dęblin ein Vertrag zwischen den Rüstungsunternehmen Wojskowe Zakłady Lotnicze (Polen) und Honeywell (USA) über den Technologietransfer zur Wartung von Abrams-Panzern unterzeichnet. Polen ist damit der erste Standort in Europa mit einem autorisierten Wartungszentrum.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2026 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

In deutscher Sprache zu Belarus, Polen, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>



In englischer Sprache zu Belarus, dem Kaukasus, Moldova, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter:

<https://css.ethz.ch/en/publications/eastern-europe-analytical-digest-series.html>

